

Gerechte Rente jetzt!

Petentin:

Ulrike Grosse-Röthig
DIE LINKE. Landesverband Thüringen
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt

Sehr geehrte Damen und Herren des Deutschen Bundestages,

im Namen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger fordern wir mit dieser Petition die **Einführung einer solidarischen Rentenversicherung** für alle. Wir wollen eine gesetzliche Rente, die den **Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt**. Das ist die Grundlage für ein sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben im Alter. Doch besonders Menschen mit geringem Einkommen, die in belastenden Berufen arbeiten, sind im Alter schlechter gestellt als Menschen mit höherem Einkommen in weniger belastenden Berufen. Wer wenig verdient, kann weniger einzahlen, bekommt weniger Rente. Hinzu kommt, dass Topverdiener, die hunderttausende im Monat verdienen, aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze nur für 7.550 Euro Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen. Daher leeren ein großer Niedriglohnsektor und eine niedrige Beitragsbemessungsgrenze die Rentenkasse. Daneben zahlen viele Berufsgruppen in andere oder gar keine Altersversorgungssysteme ein.

Eine Rentenversicherung für alle!

Wir wollen, dass in eine zukünftige, moderne und solidarische Rentenversicherung jeder Mensch, der in diesem Land tätig ist, der in diesem Land lebt, aus seinen Einkünften aus jeglicher Art von Erwerbsarbeit einzahlen muss. Wir fordern eine moderne Erwerbstätigenversicherung, in die neben Angestellten und Arbeiter:innen auch Selbstständige, Freiberufler:innen, Künstler:innen sowie Beamte und Politiker:innen, alle zusammen, einzahlen.

Einführung einer armutsfesten Mindestrente!

Wir fordern eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von aktuell 1.250 Euro netto für Alleinstehende zuzüglich der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und gegebenenfalls Wohngeld in Kommunen mit besonders hohen Mieten. Dies für all jene, die keine armutsfeste Rente haben. Wer zu schlechten Löhnen arbeiten musste, erwerbslos oder krank war, hat trotzdem Anspruch auf ein würdevolles Leben im Alter. Die solidarische Mindestrente muss an alle Menschen im Rentenalter als Zuschlag gezahlt werden, die weniger als 1.250 Euro Nettoalterseinkommen haben. Dasselbe soll auch für Menschen mit Erwerbsminderung gelten.

Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner beenden!

Auch über 30 Jahre nach dem Ende der DDR sind die Arbeits- und Lebensleistungen in Ost und West immer noch nicht gleich viel Wert. Rund 20 Prozent weniger Entgelt im Osten bedeuten weniger Rentenanspruch im Alter. Jeder dritte Rentner im Osten bekommt weniger als 1.000 Euro Rente im Monat, im Westen ist es jeder Vierte. Altersarmut ist im Osten vorprogrammiert. Durch das immer noch bestehende Lohngefälle kommt es bei der Rentenberechnung zu Benachteiligungen. Deshalb muss die Umrechnung der Ostlöhne für die Rentenversicherung noch so lange fortgeführt werden, bis die Durchschnittslöhne des ersten Bundeslandes im Osten höher liegen als in dem westdeutschen Bundesland mit den niedrigsten Löhnen. Überführungslücken im Rentenrecht – die es nach Einigungsvertrag gar nicht geben dürfte – müssen geschlossen werden, z.B. für die Beschäftigtengruppen der Eisenbahner und der Bediensteten im DDR-Gesundheitswesen. Auch für in der DDR geschiedene Frauen braucht es eine gerechte Lösung. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Grosse-Röthig

Die Linke

Thüringen

